

Pressemitteilung 62 - 2007

Brüssel, 14. November 2007

Andreas Schwab (EVP-ED/CDU):

**Europaparlament nimmt geänderte Bodenschutzrichtlinie an
Ablehnung findet keine Mehrheit / Prinzip der Verhältnismäßigkeit missachtet**

Der südbadische Europaabgeordnete und binnenmarktpolitische Sprecher der CDU/CSU Gruppe im Europäischen Parlament Andreas Schwab hat das Abstimmungsergebnis zur Bodenschutzrahmenrichtlinie bedauert: "Leider ist es nicht gelungen, dieses bürokratische Monster zurückzuweisen. Wenn die vorgeschlagenen Regeln eins zu eins umgesetzt werden, wird es Mehrbelastungen für Bund, Land und Kommunen geben", so Schwab heute in Brüssel.

Bis zur Abstimmung hatten die deutschen Unionsabgeordneten für die Ablehnung mobil gemacht. 225 Europaabgeordnete und damit mehr als ein Drittel unterstützten schließlich einen Antrag auf Ablehnung der Richtlinie. Sie treten aus Gründen der Subsidiarität für das System der offenen Koordinierung ein. Gemäß der Richtlinie müsste nun ganz Deutschland auf elf mögliche Schädigungen, etwa Bodenerosion, Rückgang organischer Substanz, Versauerung oder Verdichtung bewertet werden. Im Ergebnis erwarten deutsche Agrarexperten etwa 1000 neue Schutzgebiete.

"Deutschland hat im europäischen Vergleich eine hervorragende Stellung im Bodenschutz. Jetzt sollen wir gezwungen werden, unsere bewährten Maßnahmen mit weiterer Bürokratie zu belasten", kritisiert der südbadische Europaabgeordnete. "Das Abstimmungsergebnis ist aber ein deutliches Signal an den Rat, den Mitgliedstaaten diese Richtlinie nicht zuzumuten", so Schwab abschließend.

Für weitere Informationen:

Büro Dr. Andreas Schwab, MdEP, Tel.: [+32] 228 37938